

Wirtschaftsgipfel Paris

Treffen der Staats- und Regierungschefs
vom 14. bis 16. Juli 1989

Erklärung zu den Ost-West-Beziehungen

Paris, 16. Juli 1989

1.

Wir, die Staats- und Regierungschefs unserer sieben Länder und die Vertreter der Europäischen Gemeinschaft, bekräftigen, daß wir der Freiheit, der Demokratie und der Förderung der Menschenrechte weltweit größte Bedeutung beimessen.

2.

Wir erkennen im Osten Anzeichen für ebendiesen Wunsch nach mehr Freiheit und Demokratie. Die Menschen dort, auch die Jugend, berufen sich auf diese Werte und fordern eine pluralistische demokratische Gesellschaft. Einige ihrer führenden Politiker wissen um den positiven Beitrag, den mehr Freiheit und Demokratie zur Modernisierung ihrer Länder leisten können, und beginnen, ihre Gesetze, Gepflogenheiten und Institutionen zu ändern. Andere versuchen noch immer, dieser Strömung durch Unterdrückungsmaßnahmen, die wir scharf verurteilen, entgegenzuwirken.

3.

Wir hoffen, daß der Freiheit mehr Raum gegeben und die Demokratie gestärkt wird und daß Freiheit und Demokratie nach Jahrzehnten der militärischen Konfrontation, der ideologischen Gegensätze und des Mißtrauens die Grundlage für mehr Dialog und Zusammenarbeit bilden werden. Wir begrüßen die eingeleiteten Reformen und die Aussicht darauf, daß die Teilung Europas gemildert wird.

4.

Wir rufen die sowjetische Regierung auf, ihre neue Politik und Erklärungen sowohl im eigenen Land als auch im Ausland in weitere konkrete Schritte umzusetzen. Militärische Ungleichgewichte zugunsten der Sowjetunion sowohl in Europa als auch in Asien sind nach wie vor eine objektive Bedrohung für jeden von uns. Unsere Regierungen müssen daher auch in Zukunft wachsam sein und die Stärke unserer Länder wahren. Auf absehbare Zeit gibt es für keinen von uns innerhalb bestehender Bündnisse eine Alternative zur Beibehaltung einer Strategie der Abschreckung auf der Grundlage einer geeigneten Zusammensetzung angemessener

und wirksamer nuklearer und konventioneller Streitkräfte. Um den Aufbruch in eine Welt zu beschleunigen, in der Waffen und militärische Stärke weniger ins Gewicht fallen, bekennen wir uns erneut zu den energischen Bemühungen um ein weltweites Verbot chemischer Waffen, um ein Gleichgewicht konventioneller Streitkräfte in Europa auf dem niedrigsten Niveau, das mit unseren Sicherheitserfordernissen vereinbar ist, sowie um eine substantielle Reduzierung der sowjetischen und amerikanischen strategischen Kernwaffen.

5.

Wir bieten den Staaten des Ostens die Gelegenheit, auf einer soliden kommerziellen Grundlage eine ausgewogene wirtschaftliche Zusammenarbeit zu entwickeln, die mit den Sicherheitserfordernissen jedes unserer Länder und mit den allgemeinen Grundsätzen des Welthandels vereinbar ist. Wir haben Entwicklungen in den Beziehungen zwischen der EWG und Ländern des Ostens zur Kenntnis genommen, insbesondere den Abschluß eines Abkommens mit Ungarn, die während der laufenden Gespräche mit Polen bereits erzielten Fortschritte sowie die Aufnahme von Verhandlungen mit der Sowjetunion.

6.

Wir begrüßen den in Polen und Ungarn eingeleiteten Reformprozeß. Wir sind uns darüber im klaren, daß es schwierig sein wird, die derzeitigen politischen Veränderungen in diesen Ländern ohne wirtschaftliche Fortschritte aufrechtzuerhalten. Jeder von uns ist bereit, diesen Prozeß zu unterstützen sowie in geeigneter Form und koordiniert Wirtschaftshilfe zur dauerhaften Umgestaltung und Öffnung der Volkswirtschaften dieser Staaten in Erwägung zu ziehen. Wir sind der Auffassung, daß jeder von uns diesen Ländern seine Hilfe so zukommen lassen sollte, daß die Dynamik der Reformen durch Inlandsinvestitionen, Gemeinschaftsunternehmen, die Vermittlung betriebswirtschaftlicher Kenntnisse

Inhalt

Wirtschaftsgipfel Paris

Erklärung zu den Ost-West-Beziehungen	661
Erklärung zu den Menschenrechten	662
Erklärung zu China	662
Erklärung zum Terrorismus	663
Wirtschaftserklärung von Paris	663
Erklärung des Bundeskanzlers zum Abschluß des Wirtschaftsgipfels	670

sowie durch Berufsausbildung und andere Initiativen, die zur Entwicklung einer konkurrenzfähigeren Wirtschaft beitragen würden, aufrechterhalten wird.

Jeder von uns entwickelt konkrete Initiativen, die zu Wirtschaftsreformen ermutigen, konkurrenzfähigere Volkswirtschaften fördern und dem Handel neue Möglichkeiten eröffnen sollen.

Wir haben vereinbart, mit anderen interessierten Staaten und multilateralen Institutionen zusammenzuarbeiten, um unsere Maßnahmen zur Unterstützung des in Ungarn und Polen eingeleiteten Reformprozesses aufeinander abzustimmen, damit sie wirksamer werden und sich wechselseitig verstärken. Wir werden weitere konstruktive Bemühungen interessierter Regierungen, des öffentlichen und des privaten Sektors zur Unterstützung des Reformprozesses anregen.

Hinsichtlich der abgestimmten Unterstützung der Reformen in Polen und Ungarn plädieren wir für ein Treffen mit allen interessierten Staaten in den nächsten Wochen. In bezug auf Polen betonen wir, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen ein dringender Bedarf an Nahrungsmitteln besteht.

Im Hinblick auf diese Zielsetzungen bitten wir die Kommission der Europäischen Gemeinschaften, im Einvernehmen mit den anderen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft die nötigen Initiativen zu ergreifen und zusätzlich zu den Gipfelteilnehmern alle interessierten Staaten zu beteiligen.

7.

Wir befürworten einen baldigen Abschluß der Verhandlungen zwischen dem IWF und Polen. Die gestärkte Schuldenstrategie gilt für Polen, sofern es die Bedingungen erfüllt. Wir sind bereit, im Pariser Club eine zügige, flexible und entgegenkommende Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten zu unterstützen.

8.

In unseren Augen haben die Staaten in West und Ost gute Chancen zusammenzuarbeiten, um für Konflikte überall in der Welt gerechte Lösungen zu finden, Unterentwicklung zu bekämpfen, die Ressourcen und die Umwelt zu schützen und eine freiere und offenere Welt zu schaffen.

Erklärung zu den Menschenrechten

Paris, 16. Juli 1989

1789 wurden die Menschen- und Bürgerrechte feierlich verkündet. Vor etwas mehr als 40 Jahren verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die weiterentwickelt und festgeschrieben wurden und jetzt in den Internationalen Pakten über bürgerliche und politische Rechte und über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte niedergelegt sind.

Wir bekräftigen unser Bekenntnis zur Freiheit, zu den Grundsätzen der Demokratie und zu den Menschenrechten. Wir bekräftigen, daß wir überzeugte Verfechter der Herrschaft des Rechtes sind, die die Rechte und Freiheiten jedes Bürgers unparteiisch achtet und wahrt und deren Schutz der menschliche Geist sich in Freiheit und Vielfalt entwickeln kann.

Menschenrechte sind ein legitimes internationales Anliegen. Wir verpflichten uns erneut, für die weltweite Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten einzutreten und sie zu fördern.

Blicken wir in die Zukunft, so sehen wir sowohl Chancen als auch Gefahren; dies gebietet uns, entschieden für die Verteidigung internationaler Normen auf dem Gebiet der Menschenrechte einzutreten und unseren Willen zu unterstreichen, sie zu bekräftigen und weiterzuentwickeln.

Wir heben den Schutz der Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit sowie des Rechtes auf freie Meinung und freie Meinungsäußerung hervor, denn ohne diese Freiheiten können andere Rechte nicht in vollem Umfang verwirklicht werden.

Wir betonen ferner die Achtung der Herrschaft des Rechtes und der Meinungsvielfalt, denn ohne sie kann es weder eine repräsentative Regierung noch Demokratie geben.

Wir sind gleichermaßen überzeugte Verfechter der Vereinigungsfreiheit in einer pluralistischen Gesellschaft.

Wir vertreten die Ansicht, daß das Recht jedes Menschen auf körperliche Unversehrtheit und Würde gewährleistet sein muß. Wir verabscheuen und verurteilen jede Art von Folter.

Wir glauben, daß alle Menschen im Geiste der Brüderlichkeit miteinander umgehen müssen.

Wir glauben, daß jedermann das Recht hat, Chancengleichheit zu genießen sowie allein oder in Gemeinschaft mit anderen Eigentum zu haben. Äußerste Armut sowie Ausgrenzung aus der Gesellschaft verletzen die Würde jedes Menschen, dem sie widerfahren. Wer leidet oder bedürftig ist, sollte unterstützt werden.

Wir betonen, daß die Rechte der Kinder, der Behinderten und der älteren Mitbürger eines besonderen Schutzes bedürfen.

Wir sind der Auffassung, daß Entwicklungen in den Humanwissenschaften, beispielsweise die auf den Gebieten der Genetik und der Organverpflanzung erzielten Fortschritte, im Einklang mit allen Menschenrechten genutzt werden müssen, wenn die Menschenwürde gewahrt werden soll.

Wir, die heutige Generation, haben die Pflicht sicherzustellen, daß künftige Generationen eine gesunde Umwelt vorfinden.

Wir bekräftigen unsere Überzeugung, daß diese Rechte und Freiheiten ohne die Herrschaft des Rechtes, ohne eine unabhängige Justiz und ohne echte demokratische Institutionen nicht angemessen geschützt werden können.

Erklärung zu China

Paris, 16. Juli 1989

Die gewaltsame Unterdrückung in China, die gegen die Menschenrechte verstößt, haben wir bereits verurteilt. Wir fordern die chinesischen Behörden nachdrücklich auf, keine weiteren Schritte gegen diejenigen zu unternehmen, die lediglich ihr legitimes Recht auf Demokratie und Freiheit geltend gemacht haben.

Diese Unterdrückung hat jeden von uns veranlaßt, angemessene Maßnahmen zu treffen, mit denen wir zum Ausdruck bringen, wie sehr wir die Unterdrückung verurteilen,

sowie bilaterale Ministerkontakte und andere Treffen auf hoher Ebene auszusetzen und auch etwaige Waffenlieferungen an China einzustellen. Außerdem haben wir uns alle darauf verständigt, daß angesichts der gegenwärtig unsicheren Wirtschaftslage die Prüfung neuer Kredite durch die Weltbank verschoben werden soll. Wir haben ferner beschlossen, die Aufenthaltsgenehmigungen derjenigen chinesischen Studenten zu verlängern, die dies wünschen.

Wir erwarten von den chinesischen Behörden, daß sie einen Zustand herbeiführen, durch den ihre Isolierung vermieden und eine Rückkehr zur Zusammenarbeit auf der Grundlage der Wiederaufnahme der politischen und wirtschaftlichen Reformen sowie der Öffnungspolitik ermöglicht wird. Wir verstehen und teilen die tiefe Sorge, die die Bevölkerung von Hongkong nach diesen Ereignissen erfüllt. Wir rufen die Regierung der Volksrepublik China auf, alles Erforderliche zu tun, um in Hongkong das Vertrauen wiederherzustellen. Wir sind uns darüber im klaren, daß die fortgesetzte Unterstützung der Völkergemeinschaft für die Aufrechterhaltung des Vertrauens in Hongkong ein wichtiges Element darstellen wird.

Erklärung zum Terrorismus

Paris, 16. Juli 1989

1.

Wir sind und bleiben entschiedene Gegner des Terrorismus in allen seinen Formen. Wir bekräftigen die von uns allen übernommene Verpflichtung, an dem Grundsatz festzuhalten, Terroristen oder ihren Helfern keine Zugeständnisse zu machen, und bilateral sowie in allen einschlägigen internationalen Gremien bei der Bekämpfung des Terrorismus zusammenzuarbeiten. Wir bekennen uns erneut zu der auf früheren Gipfeltreffen vereinbarten Politik; insbesondere verurteilen wir den staatlich geförderten Terrorismus. Wir sind entschlossen, Terroristen nicht ungestraft davonkommen zu lassen und sie im Rahmen des Völkerrechts und nach Recht und Gesetz vor Gericht zu stellen. Wir fordern Staaten, die terroristische Gewalttaten unterstützt oder zu ihnen ermuntert haben, dazu auf, durch ihr Handeln zu beweisen, daß sie diesen Kurs aufgegeben haben. Insbesondere bekräftigen wir, daß wir Geiselnahme uneingeschränkt verurteilen. Wir fordern alle, die Geiseln in ihrer Gewalt haben, dazu auf, diese sofort und bedingungslos freizulassen, und wir appellieren an diejenigen, die Einfluß auf Geiselnnehmer haben, ihn in diesem Sinne zu nutzen.

2.

Tief besorgt um die Sicherheit aller Reisenden und entsetzt über die mörderischen Anschläge auf die internationale Zivilluftfahrt sowie die häufige Bedrohung der Sicherheit des Luftverkehrs durch terroristische Gruppen, bekräftigen wir unser Bekenntnis zum Kampf gegen alle Formen des Terrorismus, die gegen die Zivilluftfahrt gerichtet sind. Wir betonen erneut unsere Entschlossenheit, zur Stärkung international vereinbarter Maßnahmen zum Schutz vor Flugzeugentführungen und Sabotage beizutragen.

3.

Insbesondere verurteilen wir den jüngsten Anschlag auf ein Flugzeug über Schottland, bei dem 270 Menschen getötet

wurden. Wir kamen überein, der Verhütung solcher Anschläge durch eine weitere Verschärfung der Sicherheitsmaßnahmen Vorrang einzuräumen. Wir halten die Umsetzung des vor kurzem vom ICAO-Rat zu diesem Zweck verabschiedeten Arbeitsplans für wichtig.

4.

Wir waren uns ferner darin einig, daß verbesserte Methoden zum Aufspüren von Sprengstoff erforderlich sind. Wir unterstützen die gegenwärtigen Bemühungen der ICAO, mit höchster Dringlichkeit eine angemessene internationale Regelung für die Kennzeichnung von Plastik- und Folien Sprengstoff zu entwickeln, die deren Entdeckung erleichtern soll.

Wirtschaftserklärung von Paris

Paris, 16. Juli 1989

1.

Wir, die Staats- und Regierungschefs von sieben großen Industriestaaten und der Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, sind zum diesjährigen, 15. Wirtschaftsgipfel in Paris zusammengekommen. Der Gipfel (Summit of the Arch) leitet nach der ersten Runde von Weltwirtschaftsgipfeln, die 1975 in Rambouillet, und der zweiten Runde, die 1982 in Versailles begann, eine weitere Runde von Weltwirtschaftsgipfeln ein. Die 1982 begonnene Gipfelrunde hat eine der längsten Perioden ununterbrochenen Wachstums seit dem Zweiten Weltkrieg gebracht. Diese Gipfeltreffen haben wirksame Konsultationen ermöglicht und Gelegenheit geboten, Initiativen auf den Weg zu bringen und die internationale Zusammenarbeit zu stärken.

2.

Die diesjährige Weltwirtschaftslage birgt drei große Herausforderungen:

- Wahl und Durchführung der Maßnahmen, die erforderlich sind, um ein ausgewogenes und dauerhaftes Wirtschaftswachstum aufrechtzuerhalten, der Inflation entgegenzuwirken, Arbeitsplätze zu schaffen, und die soziale Gerechtigkeit zu fördern. Diese Maßnahmen sollten die Korrektur außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte erleichtern, den Welthandel und die Investitionstätigkeit fördern sowie die Wirtschaftslage der Entwicklungsländer verbessern;
- Entwicklung und zunehmende Einbindung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft. Zwar wurden in vielen Entwicklungsländern, insbesondere in den Ländern, die eine solide Wirtschaftspolitik durchführen, beträchtliche Fortschritte erzielt, doch sind die Schuldenlast und die anhaltende Armut, die oft noch durch Naturkatastrophen verschärft werden, die Hunderte von Millionen Menschen betreffen, Probleme, die zu tiefer Sorge Anlaß geben und auch weiterhin im Geiste der Solidarität bewältigt werden müssen;
- die dringende Notwendigkeit, die Umwelt für künftige Generationen zu erhalten. Durch wissenschaftliche Untersuchungen sind ernste Gefahren für unsere Umwelt festgestellt worden, z. B. der Abbau der Ozonschicht der Stratosphäre sowie die übermäßigen Emissionen von Kohlendioxid und anderen den Treibhauseffekt verur-

sachenden Gasen, die zu künftigen Klimaveränderungen führen könnten. Der Schutz der Umwelt erfordert entschlossene und international abgestimmte Antworten und die baldige und weltweite Einigung auf Politiken, die sich auf den Gedanken einer langfristig konzipierten Entwicklung stützen.

Die Weltwirtschaftslage

3.

Das Wachstum konnte dadurch aufrechterhalten werden, daß sich die politischen Maßnahmen auf die Steigerung der Effizienz und Flexibilität unserer Volkswirtschaften konzentrierten und unsere gemeinsamen Anstrengungen wie auch der Abstimmungsprozeß gestärkt wurden. Mittelfristig dürfte die gegenwärtige lebhaftige Investitionstätigkeit während dieses Zeitraums den Weg bereiten für ein größeres Angebot an Gütern und Dienstleistungen und zur Verringerung der Inflationsgefahren beizutragen. Die Zukunft ist jedoch nicht ohne Risiken.

4.

Bis jetzt konnte die Inflationsgefahr in vielen Ländern dank der gemeinsamen Anstrengungen von Regierungen und Währungsbehörden in Schach gehalten werden. Die Wachsamkeit darf aber nicht nachlassen, und in Ländern, in denen die Inflation gestiegen ist, werden auch weiterhin entschlossene politische Gegenmaßnahmen getroffen, damit sie wieder gesenkt werden kann.

5.

Bei der Verringerung außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte sind zwar einige Fortschritte erzielt worden, aber die Dynamik der Anpassung hat sich in letzter Zeit spürbar abgeschwächt. Weitere Fortschritte in Richtung auf eine Korrektur der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte durch Zusammenarbeit sind erforderlich.

6.

In Ländern mit Haushalts- und Leistungsbilanzdefiziten wie den Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada und Italien sind weitere Verringerungen der Haushaltsdefizite erforderlich. Es werden Schritte unternommen werden, um diese Defizite abzubauen. Dies könnte sowohl dazu beitragen, die Kluft zwischen Ersparnisbildung und Investitionen sowie außenwirtschaftliche Ungleichgewichte zu verringern, als auch einen Beitrag zur Inflationsbekämpfung leisten und größere Wechselkursstabilität mit gleichzeitig sinkenden Zinsen fördern.

7.

Länder mit außenwirtschaftlichen Überschüssen wie Japan und die Bundesrepublik Deutschland sollten auch in Zukunft geeignete makroökonomische Politiken verfolgen und Strukturreformen verwirklichen, die ein inflationsfreies Wachstum der Binnennachfrage fördern und die außenwirtschaftliche Anpassung erleichtern.

8.

Alle unsere Länder tragen gemeinsam die Verantwortung für die solide Entwicklung der Weltwirtschaft. Mittelfristig müssen die Defizitländer durch außenwirtschaftliche Anpassungsmaßnahmen und höhere Ausfuhren bei der weltweiten Anpassungspolitik eine Schlüsselrolle spielen; Überschußländer müssen durch Politiken, die ein günstiges Klima für die Zunahme der Binnennachfrage und der Importe schaffen, zur Aufrechterhaltung des weltweiten Wirtschaftswachstums beitragen.

9.

Es ist zu begrüßen, daß die Schwellenländer allmählich den ihnen gebührenden Platz einnehmen und ein Dialog mit ihnen eingeleitet worden ist. Wir rufen diejenigen von ihnen, die erhebliche Überschüsse haben, dazu auf, einen Beitrag zur Korrektur der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte und zum offenen Handels- und Zahlungssystem zu leisten. Zu diesem Zweck sollten sie dafür sorgen, daß die Wechselkurse ihre Wettbewerbsposition widerspiegeln, sowie ihren GATT-Verpflichtungen nachkommen und Handelshemmnisse abbauen.

Entwicklungen und Koordinierungsmaßnahmen auf dem Gebiet der internationalen Währungspolitik

10.

In den Plaza- und den Louvre-Vereinbarungen einigten sich unsere Länder darauf, einander wechselseitig verstärkende Überwachungs- und Koordinierungsmaßnahmen zu ergreifen, um ihre wirtschaftlichen Fundamentalbedingungen zu verbessern und die Stabilität der Wechselkurse auf einem Niveau zu fördern, das mit diesen wirtschaftlichen Fundamentalbedingungen im Einklang steht.

Im Hinblick auf die Konsistenz der wirtschaftspolitischen Maßnahmen eines Staates und deren Vereinbarkeit mit der Wirtschaftspolitik der anderen Staaten wurden auf dem Gebiet der multilateralen Überwachung und Koordinierung wirtschaftspolitischer Strategien Fortschritte erzielt; die anzuwendenden Verfahren sind in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds präziser definiert und verbessert worden.

11.

Die politische Koordinierung hat zur Entwicklung der Weltwirtschaft und zum besseren Funktionieren des internationalen Währungssystems einen positiven Beitrag geleistet. Fortgesetzte Zusammenarbeit besteht auch auf den Devisenmärkten.

Es kommt darauf an, diesen kooperativen und flexiblen Ansatz beizubehalten und gegebenenfalls weiterzuentwickeln, um die Funktionsweise und die Stabilität des internationalen Währungssystems im Einklang mit den wirtschaftlichen Fundamentalbedingungen zu verbessern. Wir fordern die Finanzminister daher auf, auch weiterhin Schritte zu prüfen, die möglicherweise zur Verbesserung des Abstimmungsprozesses, der Zusammenarbeit auf den Devisenmärkten sowie der Funktionsweise des internationalen Währungssystems unternommen werden könnten.

12.

Wir begrüßen die Entscheidung, die Arbeit an der neunten Quotenüberprüfung des Internationalen Währungsfonds abzuschließen, damit in dieser Angelegenheit noch vor Ablauf dieses Jahres ein Beschluß gefaßt werden kann.

Wir stellen fest, daß die Frage einer Wiederaufnahme der Zuteilung von Sonderziehungsrechten vom Exekutivdirektorium des Internationalen Währungsfonds weiter geprüft wird.

13.

Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft hat das Europäische Währungssystem zu einem hohen Maß an wirtschaftspolitischer Konvergenz und Währungsstabilität beigetragen.

Verbesserung der wirtschaftlichen Effizienz

14.

Wir werden auch in Zukunft Maßnahmen zur Beseitigung von Effizienzdefiziten in unseren Volkswirtschaften treffen. Diese Effizienzdefizite beeinträchtigen zahlreiche Aspekte unserer Wirtschaft, verringern die Wachstumspotentiale sowie die Aussicht auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, vermindern die Wirksamkeit makroökonomischer Politiken und behindern den Prozeß der außenwirtschaftlichen Anpassung. In diesem Zusammenhang sind Steuerreformen, die Modernisierung der Finanzmärkte, die Stärkung der Wettbewerbspolitik und der Abbau erstarrender Strukturen in allen Sektoren einschließlich der Energiewirtschaft, der Industrie und der Landwirtschaft ebenso notwendig wie eine Verbesserung des Erziehungswesens und der beruflichen Bildung sowie des Transport- und Vertriebssystems und weitere Politiken zur Erhöhung der Flexibilität und Mobilität auf dem Arbeitsmarkt und zum Abbau der Arbeitslosigkeit. In der Europäischen Gemeinschaft haben die stetigen Fortschritte in Richtung auf die bis Ende 1992 zu bewältigende vollständige Umsetzung des in der Einheitlichen Akte enthaltenen Programms der wirtschaftlichen Effizienz bereits kräftige Impulse verliehen.

15.

Der in diesem Jahrzehnt erfolgte Rückgang der Spartätigkeit in einigen unserer Staaten gibt Anlaß zur Sorge. Diese geringere Ersparnisbildung kann zu hohen realen Zinssätzen führen und so das Wachstum behindern. Eine unzureichende Spartätigkeit und große Haushaltsdefizite sind mit beträchtlichen außenwirtschaftlichen Defiziten verbunden. Im Rahmen der politischen Abstimmung empfehlen wir Politiken, die die Ersparnisbildung fördern und bestehende Hindernisse beseitigen.

16.

Finanzgeschäfte werden mit Hilfe neuer Techniken zunehmend auf weltweiter Grundlage abgewickelt. Was Insider-Geschäfte angeht, die die Glaubwürdigkeit der Finanzmärkte beeinträchtigen könnten, so gibt es in unseren Ländern sehr unterschiedliche Vorschriften. Diese Vorschriften wurden kürzlich bzw. werden gerade verschärft. Die internationale Zusammenarbeit sollte fortgesetzt und verbessert werden.

Handelsfragen

17.

Der Welthandel hat sich im letzten Jahr rasch ausgeweitet. Der Protektionismus stellt jedoch noch immer eine echte Bedrohung dar. Wir bekräftigen nachdrücklich unsere Ent-

schlossenheit, ihn in allen seinen Erscheinungsformen zu bekämpfen. Wir werden den in Punta del Este übernommenen Standstill- und Rollback-Verpflichtungen nachkommen, die unter anderem den Verzicht auf alle den Handel einschränkenden oder verzerrenden Maßnahmen verlangen, die mit den Bestimmungen und dem Instrumentarium des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens nicht vereinbar sind. Wir kommen überein, das verbesserte Streitbeilegungsverfahren des GATT wirksam zu nutzen und bei Verhandlungen über weitere Verbesserungen Fortschritte zu erzielen. Wir werden alle diskriminierenden oder autonomen Schritte unterlassen, die die Grundsätze des GATT und die Integrität des multilateralen Handelssystems aushöhlen. Wir verpflichten uns ferner, den Tendenzen zum Unilateralismus, Bilateralismus, Sektoralismus und zum Handelsdirigismus, die das multilaterale System und die Verhandlungen der Uruguay-Runde zu untergraben drohen, entgegenzuwirken.

18.

Die erfolgreichen Genfer Verhandlungen des Ausschusses für Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde im April letzten Jahres, durch die die Zwischenbilanz abgeschlossen wurde, sind ein sehr wichtiges Ergebnis. Es ist in allen Bereichen ein guter Rahmen für die künftige Arbeit, unter anderem für die Fortsetzung der Agrarreform auf kurze und auf lange Sicht. Es bietet auch den nötigen Rahmen für substantielle Verhandlungen in wichtigen Bereichen, die noch nicht voll in die GATT-Disziplinen einbezogen sind, z. B. Dienstleistungen, handelsbezogene Investitionsmaßnahmen und handelsrelevante Fragen geistigen Eigentums.

Entwicklungsländer nahmen aktiv an diesen Verhandlungen teil und trugen zu diesem Erfolg bei. Alle Länder sollten so konstruktiv wie möglich dazu beitragen.

Wir bekennen uns uneingeschränkt zu weiteren substantiellen Fortschritten in der Uruguay-Runde, damit diese bis Ende 1990 abgeschlossen werden kann.

19.

Wir nehmen mit Genugtuung das Inkrafttreten des Freihandelsabkommens zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten sowie die jüngsten Initiativen zur Kenntnis, die auf eine Intensivierung der engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den EFTA-Staaten ausgerichtet sind. Wir vertreten unverändert die Auffassung, daß diese und andere Entwicklungen in der regionalen Zusammenarbeit zur Förderung des Handels beitragen und den multilateralen Liberalisierungsprozeß ergänzen sollten.

20.

Die Europäische Gemeinschaft ist fest entschlossen, die Handelsaspekte des Programms für den einheitlichen Markt so zu gestalten, daß auch sie zur Förderung des Handels beitragen und den multilateralen Liberalisierungsprozeß ergänzen.

21.

Wir nehmen mit Genugtuung zur Kenntnis, daß bei der Verschärfung der multilateralen Disziplinen in bezug auf Subventionen für Exportkredite, die den Handel und die